Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 217 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Samstag, den 17. September | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" und „Für unsere Frauen" | 1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die Reichsregierung hat der Wilhelmshavener Marinewerft den Auftrag gegeben den Bau des Panzerschiffs „C" in Angriff zu nehmen.

* Die Reichsregierung wird demnächst eine umfangreiche Änderung im auswärtigen diplomatischen Dienst Deutschlands bekanntgeben.

* In Berlin begann der Beleidigungsprozeß des früheren Polizeipräsidenten Grzesinski und des früheren Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß gegen zwei Redakteure des Angriff.

Der große Diplomatenschub

Neue Auslandsvertreter für Deutschland.

Ein bedeutungsvolles Revirement.

Die deutsche Reichsregierung bereitet einen umfangreichen Wechsel auf einer Anzahl wichtiger Auslandsvertretungen vor, der ausgelöst worden ist durch die Ernennung des deutschen Botschafters in London, Freiherrn von Neurath, zum Reichsminister des Äußern.

Zunächst wird ein Wechsel in drei Botschaften eintreten. Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, der seit 1924 das Deutsche Reich in Frankreich vertritt, wird deutscher Botschafter in London werden. Zum deutschen Botschafter in Paris wird der Leiter der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Köster, ernannt werden, der seit etwa zwei Jahren am inneren Umbau des Auswärtigen Amtes stark beteiligt ist. Dr. Köster war früher Chef des Protokolls und hatte in dieser Eigenschaft für die Empfänge ausländischer Diplomaten beim Reichspräsidenten zu sorgen. Seine letzte diplomatische Mission war Oslo, wo er zwei Jahre lang das Deutsche Reich als Gesandter vertrat.



v. Hoesch.

Der jetzige deutsche Botschafter in Rom, von Schubert, wird von seinem Posten scheiden. Von Schubert war lange Jahre Staatssekretär Stresemanns und an den Verhandlungen in Locarno und Genf ständig beteiligt. Er wird zur Disposition gestellt werden. Sein Nachfolger wird der deutsche Gesandte in Belgrad, von Hassell, der Schwiegersohn des Großadmirals von Tirpitz.



v. Schubert.



v. Hassel.

Auf dem Posten des deutschen Botschafters in Washington wird zunächst noch der jetzige Botschafter von Prittwitz-Gaffron verbleiben. Seine Abberufung wird aber erfolgen, sobald die Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten abgeschlossen sind. Über die Neubesetzung der deutschen Gesandtschaft in Belgrad ist noch keine Entscheidung getroffen. Man nennt den Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, Gesandten Freytag, und den früheren Pressechef der Reichsregierung, von Kauffmann.

Ein weiterer Wechsel in diplomatischen Diensten wird dadurch herbeigeführt werden, daß der jetzige Untergeneralsekretär im Völkerbund, Dufour-Feronce, der früher Botschaftsrat in London war, seinen Posten in Genf am 1. Oktober aufgeben wird. Er wird wahrscheinlich einen Gesandtenposten erhalten, und zwar in Lissabon. In diesem Falle wird der dortige Gesandte Horstmann zur Disposition gestellt werden.

Über die Verwendung des früheren Reichspressechefs Dr. Zechlin ist noch keine Entscheidung getroffen; es ist möglich, daß er an Stelle des jetzigen Gesandten Will nach Mexiko geht. Außerdem ist für spätere Zeit ein Wechsel auf der Gesandtschaft in Wien zu erwarten, wo Deutschland durch den früheren Botschaftsrat in Paris, Dr. Rieth, vertreten wird.

Wahrscheinlich wird die Reichsregierung zunächst die Wechsel auf dem Botschafterposten vornehmen, um dann die weiteren Veränderungen etwas später bekanntzugeben, zumal die diplomatischen Verhandlungen über diese Veränderungen im diplomatischen Dienst noch nicht ganz abgeschlossen sind.

Absage an die Abrüstungskonferenz

Deutscher Schritt in Genf.

Keine Teilnahme an den Abrüstungsverhandlungen.

Das mit großer Spannung erwartete Schreiben der Reichsregierung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, ist durch den deutschen Generalkonsul dem Direktor der Abrüstungsabteilung des Völkerbundsekretariats, Aghnides, überreicht worden.

In dem Schreiben teilt die Reichsregierung mit, daß Deutschland auf der zum 21. September einberufenen Bürositzung der Abrüstungskonferenz nicht vertreten sein werde. Die Begründung dieses Entschlusses entspricht im wesentlichen den Darlegungen, die in der deutschen Note an die französische Regierung über die deutschen Gleichberechtigungsforderungen enthalten sind.

Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß bereits in der Erklärung des Abordnungsführers Nadolny vom 23. Juli vor dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz zum Ausdruck gebracht wurde, eine weitere Mitarbeit Deutschlands an der Abrüstungskonferenz werde nicht stattfinden, solange nicht die Frage der deutschen Gleichberechtigung auf der Abrüstungskonferenz entschieden sei. Da diese Entscheidung bisher nicht gefallen sei, sei somit der Reichsregierung eine Beteiligung an der Bürositzung nicht möglich.

*

Vor der schlimmsten Entscheidung.

Henderson zur Frage der deutschen Gleichberechtigung.

Bei einem Frühstück des englischen Friedensausschusses hielt Henderson eine Rede über die Abrüstungsfrage. Er könne, so sagte Henderson, nicht glauben, daß die sich in wenigen Tagen in Genf versammelnden Staatsmänner die Verantwortung übernehmen wollten, das allgemeine Wettrüsten und die durch das Vorhandensein größerer Armeen unvermeidliche Kriegsgefahr zu ermutigen. Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde ein großes Unglück für Europa und die Welt bedeuten.

Die deutsche Gleichberechtigungsforderung werde die Abrüstungskonferenz vor die schlimmste Entscheidung stellen. Ein Sichzurückziehen Deutschlands von der Abrüstungskonferenz wäre der schlechteste Weg, den Deutschland im gegenwärtigen Augenblick einschlagen könne. Er, Henderson, glaube, daß die deutsche Forderung auf der Abrüstungskonferenz mit gutem Willen und Versöhnungsgeist zum Vorteil nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas und der ganzen Welt behandelt werden könne. Auf der Abrüstungskonferenz bestehe starke Stimmung zugunsten der deutschen Forderung. Warum, so sagte Henderson, sollten die alliierten und assoziierten Mächte nicht erklären, es sei ihre Absicht, Deutschland von seiner Lage der Minderwertigkeit zu befreien und ihm die Stellung der militärischen Gleichberechtigung wiederzugeben?

Neben diesen bedeutsamen Ausführungen stellt sich neben Italien auch England ganz auf seiten Deutschlands.

Deutschlands Absage.

Der Brief der Reichsregierung an Henderson.

In dem Schreiben der Reichsregierung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, in dem Deutschland sein Fernbleiben von der Bürositzung der Konferenz am 21. September ankündigte, heißt es u. a.:

„Nach Ansicht der deutschen Regierung kann nur eine Lösung in Betracht kommen, die Lösung nämlich, daß alle Staaten in bezug auf die Abrüstung denselben Regeln und Grundsätzen unterworfen werden und daß für keinen Staat ein diskriminierendes Ausnahmeregime gilt. Es kann Deutschland nicht zugemutet werden, an den Verhandlungen über die in der Abrüstungskonvention festzulegenden Abrüstungsmaßnahmen teilzunehmen, solange nicht feststeht, daß die gefundenen Lösungen auch auf Deutschland Anwendung finden sollen.

Um diese Voraussetzung für ihre weitere Mitarbeit in der Konferenz so schnell wie möglich zu verwirklichen, hat sich die deutsche Regierung inzwischen bemüht, eine Klärung der Frage der Gleichberechtigung auf diplomatischem Wege herbeizuführen. Leider muß festgestellt werden, daß die deutschen Bemühungen bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben.

Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern genötigt, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die deutsche Regierung der Einladung zu der am 21. September beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht Folge leisten kann.

Die deutsche Regierung ist nach wie vor der Überzeugung, daß eine radikale Durchführung der allgemeinen Abrüstung im Interesse der Sicherung des Friedens dringend geboten ist. Sie wird die Arbeiten der Konferenz mit Interesse verfolgen und sich je nach ihrem Verlauf über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden."

Keine Note mehr an Frankreich.

Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, die am letzten Sonntag überreichte französische Note schriftlich zu beantworten. Sie bedauert, feststellen zu müssen, daß diese Note in keinem wesentlichen Punkte eine Annäherung an den deutschen Standpunkt zeigt, wie er in dem deutschen Memorandum vom 29. August dargelegt wurde. Von einer Fortsetzung des Meinungsaustausches auf dem Wege des Notenwechsels glaubt die Reichsregierung sich keine Förderung der Sache versprechen zu können.

Selbstverständlich ist sie aber nach wie vor zu einem Meinungsaustausch auf dem Wege mündlicher diplomatischer Unterhaltungen bereit. Der Reichsaußenminister hat dem französischen Botschafter François-Poncet eine entsprechende Mitteilung gemacht. Im gleichen Sinne sind auch die übrigen Regierungen verständigt worden, die von der Reichsregierung mit der Angelegenheit befaßt worden waren.

„Brief" und „Geld".

Verschiedene Züge — Ein kalter Schlag — Arbeit und Brot.

An der Börse sagt man: „Wenn eine Hausse losgeht, dann wird nicht vorher zum Einsteigen geläutet." Das gleiche gilt natürlich auch für das „Aussteigen", wenn eine Baisse beginnt. In der Politik ist es geradeso; da muß jeder bzw. jede Partei selbst aufpassen, wann und — wohin es losgeht. Aber selbst dem gewiegtesten parlamentarischen Politiker kann es passieren, daß er in den falschen Zug einsteigt. Wenn nun das gar ein Schnellzug ist, der nicht gleich nach ein paar Minuten schon wieder hält, so passiert es, daß man erst nach langer Zeit, weit weg vom eigentlich gewünschten Ziel wieder aussteigen und mit großer Zeitversäumnis sich nach diesem Ziel in Bewegung setzen kann. Und dann kommt man bisweilen zu spät an und muß wieder umkehren. Sich zu beschweren hat meist einen praktischen Zweck auch nicht mehr. Beide, die Reichsregierung und der Reichstag, sind auseinandergefahren, stiegen in verschiedene Züge, aber den der Reichsregierung hat der Führer doch zum Erfolg hingeführt. Wenigstens zu einem augenblicklichen Sieg über den Reichstag, an dessen Auflösung vor allem politisch, aber auch rechtlich nichts mehr zu ändern ist. Wenn an der Rechtsgültigkeit der Abstimmung, die das große Mißtrauensvotum gegen die Regierung Papen brachte, noch von der nationalistisch-kommunistischen Mehrheit des Überwachungsausschusses festgehalten wird, so unterstrich man damit die machtpolitische Seite dieses Abstimmungsergebnisses. Sie wollte und sollte doch etwas „demonstrieren"! Besonders deutlich also zeigen, daß eine weit überwiegende Mehrheit der Volksvertretung gegen das Kabinett Papen sei. Aber — dieses demonstrativen Beweises bedurfte es doch eigentlich gar nicht, weil jeder Mensch in Deutschland weiß, was los ist. Nun hatte ja dieses erste Mißtrauensvotum eines deutschen Reichstages gegen eine Regierung — ganz abgesehen davon, ob es rechtsgültig ist oder nicht — sofort den Nachteil, den ein parlamentarisches Mißtrauensvotum direkter oder indirekter Art immer hat: es fehlte ihm an positivem Inhalt. Es ist rein negativ. Es ist, wie man im Börsenjargon sagen würde, „Brief", also stark „angeboten", weil es an Wert verliert oder verloren hat, vielleicht schon wertlos ist. Denn wäre das Kabinett Papen regelrecht gestürzt worden, so hätte — alles theoretisch gesehen — die ihn stürzende Mehrheit nicht gewußt, wie nun von ihr weiter regiert werden sollte. Man beriet ja noch darüber, war keineswegs zu einer Einigung gekommen, die als eine „regierungsfähige" hätte bezeichnet werden können. Beim Regieren kommt es aber nur auf das „Positive" an. Wenn z. B. in England, im Unterhaus — der „Mutter der Parlamente" — die Opposition einen so ganz anderen Charakter hat und ganz andere Methoden befolgt als bei uns, so deswegen, weil sie weiß, daß ein Regierungssturz für sie den unmittelbaren Beginn des Regierens bedeutet. In England ist es daher auch ganz undenkbar, daß nach dem Sturz des Ministerpräsidenten der König dem Gestürzten nun etwa noch nachträglich das Recht der Parlamentsauflösung in die Hand gibt.

*

Aber wir müssen nochmals auf den Vergleich der Politik mit der Börse zurückkommen. Seit dem 12. September sind nämlich in Deutschland die Staatsrechtslehrer „stark gefragt und Geld" wie eine gute Aktie in Haussezeiten. Wie ein Platzregen ergießen sich die Worte „Verfassungsbruch" und „verfassungsmäßig", „für" oder „gegen die Verfassung" über das deutsche Volk, und dazwischen zucken wie Blitze die zahlreichen Briefe. Nur ist mancher dieser Blitze ein „kalter Schlag". Als schwere Donner rollen die Denkschriften — gefragte und ungefragte, will-

kommene und mißliebige — daher; die Verfassung wird be- und durchleuchtet, bisweilen auch ein bißchen — zurechtgeknetet. Alles streng wissenschaftlich, — aber man weiß ja, daß der Donner eben nur eine Lufterschütterung ist. Die Verfassung ist — oder soll es wenigstens sein — kein Buchstabenrecht, sondern muß sich der allgemeinen Entwicklung auch der politischen Umgestaltungen anpassen können. Daß sie daher eigentlich immer „reformbedürftig" ist und bleibt, solange die politischen Kräfte sich verschieben, bestreitet niemand. Nur kann man es mit einigem Recht als unzweckmäßig bezeichnen, daß eine solche Reform gerade in Zeiten schärfster politischer Zuspitzung erfolgen soll. Anderseits pflegt ein Parlament in Zeiten politischer Ruhe nur höchst ungern an solche Reformen heranzugehen. Das gilt in Deutschland z. B. von der schon so lange ziemlich allgemein als notwendig erkannten Wahlrechtsreform. Gerade einen Monat vor der Reichstagsauflösung sprach der Reichsinnenminister über sie am Verfassungstage; er sprach damals auch über eine Verfassungsreform, die die Regierung vom Reichstag unabhängiger machen sollte, — und mag kaum geahnt haben, daß es schon einen Monat später zu einer praktischen Austragung jenes Gedankens kommen sollte, zu einem Kampf, in dem die Regierung sich vom Reichstage loslöste und Sieger blieb. Doch der Minister hat damals auch gesagt, man möge zu Einzelheiten der Weimarer Verfassung stehen wie man wolle, aber sie sei heute „der einzige Grund, auf dem alle stehen müßten, die einen deutschen Staat überhaupt bejahen". Und das ist klarer und deutlicher als alle professoralen Kommentare und parteipolitischen Diskussionen.

*

Sie hemmen jedenfalls auch nicht die Durchführung des notverordneten Papen-Programms, dessen sozialpolitischer Teil am 15. September in Kraft getreten ist, ehe noch manche, aber wichtige Einzelheiten genauer geregelt werden konnten. Wie sehr gerade dieser Teil aber auch in den Mittelpunkt des kommenden Wahlkampfes gerückt werden wird, zeigt das von der Sozialdemokratie eingeleitete Volksbegehren, das die Aufhebung der sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnung verlangt. Bis eine Entscheidung darüber fällt, werden Monate vergehen; an der Inkraftsetzung wird dadurch nichts geändert. Und vielleicht zeigt sich bis dahin auch schon in seinen ersten Anfängen, ob das Ziel sichtbar wird, auf das die Regierung dieses ganze Programm in seinen finanziellen, sozial-, kredit- und handelspolitischen Bestimmungen abgestellt hat, ein Ziel, zu dessen Erreichung niemandem ein Opfer zu groß sein wird, wenn nur allen dieselben Opfer zugemutet werden: „Arbeit und Brot!" Dr. Pr.

Kurze politische Nachrichten.

Reichskanzler von Papen beabsichtigt Anfang Oktober nach München zu fahren, um dort vor dem Bayerischen Industriellenverband auf dessen Einladung zu sprechen. Der genaue Termin wird noch festgesetzt.

*

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind Abstriche vom Reichshaushalt im Gesamtbetrag von 110 Millionen Mark nunmehr durchgeführt. Über die Verteilung der Abstriche auf die einzelnen Ressorts kann nichts gesagt werden, da es sich um innere Angelegenheiten handelt.

*

In einer Berliner nationalsozialistischen Versammlung hatte Dr. Goebbels den Reichskanzler gefragt, ob es richtig sei, daß er vor der Fertigstellung des Wirtschaftsprogramms in der Villa des Bankiers Jakob Goldschmidt mit diesem eine Rücksprache über das Programm gehabt habe. Von zuständiger Stelle wird dazu mitgeteilt, daß Jakob Goldschmidt mit dem Wirtschaftsprogramm nicht das geringste zu tun habe. Eine Besprechung mit dem Kanzler in der Villa des Bankiers habe nicht stattgefunden.

*

Die vom Völkischen Beobachter angekündigte Privatbeleidigungsklage des Reichstagspräsidenten Göring gegen den Reichskanzler von Papen ist in der Einzelrichterabteilung beim Amtsgericht Berlin-Mitte eingegangen.

*

Die nationalsozialistische Regierung des Freistaates Oldenburg hat durch Verordnung eine Kürzung der Beamten- und Angestelltengehälter für Staat, Gemeinden und alle Körperschaften des öffentlichen Rechts ab 1. Oktober 1932 vorgenommen. Bei der Kürzung ist eine Freigrenze von 2500 Mark vorgesehen.

Die neue Winterhilfe.

Die Einleitung der neuen Winterhilfe der freien Wohlfahrtspflege, deren Dringlichkeit angesichts der drohenden Not des kommenden Winters außer Frage steht, wird im Laufe der nächsten Woche im Rundfunk durch eine Ansprache des Reichskanzlers und durch Ansprachen berufener Persönlichkeiten sowie durch einen Aufruf der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Die Durchführung der neuen Winterhilfe erfolgt wiederum durch die Organisationen, die bereits im letzten Winter Träger des Sammelwerkes waren. Die Dezentralisierung der Sammlung in den Ländern und Provinzen unter dem Gesichtspunkt eines einheitlichen Hilfswerkes wird beibehalten werden. Der Ertrag der Sammlung wird grundsätzlich in dem sammelnden Bezirk verteilt werden.

In Berlin wird eine Zentralstelle gebildet, deren Geschäftsführung die Liga für Verbindung mit den Spitzenverbänden übernimmt, und deren Aufgabe besonders die Verhandlungen mit den Reichsbehörden, die allgemeine Werbetätigkeit, die Sammlung eines Reichsausgleichsfonds und die Fürsorge für die Notgebiete bilden.

Zur Förderung der Winterhilfe hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft für die Zeit vom 15. September 1932 bis zum 31. März 1933 wiederum die Frachtfreiheit für Liebesgabensendungen zugunsten der Winterhilfe gewährt. Der Frachtnachlaß der Reichsbahn bei der vorjährigen Winterhilfe erreichte die Summe von über dreiviertel Millionen Mark. Das Gesamtergebnis der letzten Winterhilfe mit dem wegen der Not der Zeit kaum erwarteten, freiwillig aus privaten Spenden zusammengeflossenen Gesamtertrage von rund 100 Millionen Mark läßt einen so starken Opferwillen des deutschen Volkes erkennen, daß die freie Wohlfahrtspflege auch die neue Winterhilfe in der Hoffnung auf weitere Opferbereitschaft und damit auf die möglichste Linderung von Not und Elend aufnimmt.

50 Millionen für Hausreparaturen.

Die Verteilung der Mittel.

In der nächsten Zeit dürften die Bestimmungen veröffentlicht werden, die die Verteilung der Mittel aus dem 50-Millionen-Fonds für Hausreparaturen, der in der neuen Notverordnung vorgesehen ist, regeln. Es besteht die Möglichkeit, daß der beabsichtigte Zuschuß von 20 Prozent zu dem Kostenaufwand für die Reparaturen überschritten wird. Von verschiedenen Seiten ist eine Erhöhung angeregt worden, um einen größeren Anreiz zu schaffen. Es verlautet weiter, daß die Hauseigentümer, die große Wohnungen aufteilen und verkleinern bzw. gewerbliche Räume für Wohnzwecke instand setzen lassen, 50 Prozent der dafür aufgewendeten Reparaturkosten aus dem 50-Millionen-Fonds zurückerhalten sollen. Allerdings soll dabei die Summe von 600 Mark nicht überschritten werden.

Wenn also ein Hausbesitzer, bei dem diese letzten Bestimmungen zutreffen würden, z. B. Reparaturen durchführen ließe, die einen Kostenaufwand von 1000 Mark ausmachen, so würde er 500 Mark zurückerstattet erhalten. Bei 1500 Mark Aufwand und darüber käme jedoch nur die Höchstgrenze, also 600 Mark, in Frage. Der Stichtag für die Ausführung derjenigen Hausreparaturen, denen Zuschuß gewährt werden kann, soll der 1. Juli 1932 sein. Reparaturen, die vorher ausgeführt worden sind, sollen nicht unter die Bestimmungen fallen.

„Erbitte dringend Hilfe."

Notruf der größten deutschen Landgemeinde.

Der stellvertretende Gemeindevorsteher der Gemeinde Ammendorf, die mit rund 13 000 Einwohnern die größte Landgemeinde Deutschlands ist, hat an das preußische Innenministerium folgendes Telegramm gerichtet:

„Gemeindevorsteher an nervöser Erschöpfung erkrankt, Gemeindefinanzen zusammengebrochen, Wohlfahrtsunterstützungen, Gehaltsrückstände, Lehrergehälter nur durch Einbehaltung der Staatssteuern seit August gezahlt. Krankenhauskosten zum Teil seit vorigem Jahr nicht bezahlt. Bisherige Rückstände eine Viertelmillion. Einige Gläubiger veranlassen Zwangsmaßnahmen. Große Hypotheken wegen Nichtbezahlung der Zinsen fällig. Saalekreisverwaltung lehnt Hilfe ab, da selbst in Schwierigkeiten. Heutige Unterstützungszahlungen nur durch Einbehaltung der Staatssteuern noch möglich. Erbitte dringend Hilfe."

Keine Auflösung der Gewerkschaften.

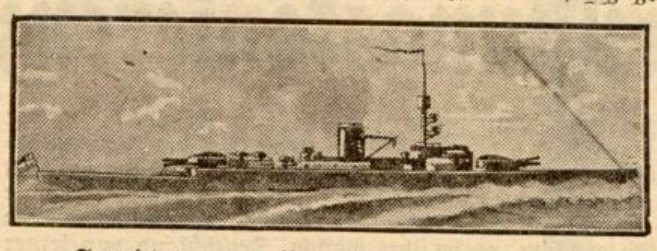
In der letzten Zeit sind wiederholt und hartnäckig Gerüchte aufgetaucht, die Reichsregierung habe die Absicht, die Gewerkschaften aufzulösen. An zuständiger Stelle erklärt man, diese Gerüchte seien so phantastisch, daß man sie nicht erst zu dementieren brauche. Man halte sie auch um deswillen schon für unrichtig, weil ja Reichsarbeitsminister Schäffer am Sonntag die Gelegenheit wahrnehme, um vor den Gewerkschaften in Düsseldorf eine längere Rede zu halten.

Konvertierungsvorlage vom Finanzausschuß gebilligt

Der Finanzausschuß der Kammer hat die Konvertierungsvorlage der Regierung im wesentlichen gebilligt und mit ganz geringfügigen Abänderungen der Vollversammlung zurückerstattet, die um 18.30 Uhr die Aussprache wieder aufnahm. Die Annahme der Vorlage scheint bereits gesichert, da die Sozialisten beschlossen haben, für die Regierung zu stimmen.

Panzerschiff „C" wird gebaut.

Die Marineleitung hat das Panzerschiff „C", dessen erste Baurate in dem noch von der Regierung Brüning aufgestellten Reichsetat bereitgestellt ist, nunmehr der Marinewerft Wilhelmshaven in Auftrag gegeben. Mit der Kiellegung soll bereits am 1. Oktober begonnen werden. In derselben Werft liegt auch das Panzerschiff „B" auf Helling, dessen Bau im Juni 1931 begann und voraussichtlich im März 1933 fertiggestellt ist, während die „Deutschland" in Kiel ihrer Vollendung entgegengeht und voraussichtlich im Januar nach Wilhelmshaven übergeführt wird.



So wird der neue Panzerkreuzer „C" aussehen.

Herbstmanöver der Marine.

Vom 19. bis 21. September findet, wie amtlich mitgeteilt wird, unter Leitung des Chefs der Marineleitung in der Nordsee das diesjährige Herbstmanöver der Marine statt. Dem Manöver liegt der Schutz der Seeschiffahrt in der Nordsee zugrunde, die durch eine Reihe gecharterter Handelsschiffe dargestellt wird. Das Manövergebiet erstreckt sich auf die Gewässer südlich und südwestlich Norwegens, das Skagerrak, das Seegebiet westlich Jütland und die Deutsche Bucht. Im Laufe des 21. September werden die beteiligten Seestreitkräfte nach Wilhelmshaven gehen, wo der Chef der Marineleitung am 23. September die Kritik abhalten wird.

Können Kontingente der Landwirtschaft helfen?

Stellungnahme der deutschen Industrie.

Zu der Frage der Einfuhrkontingentierung nimmt der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Kastl, in einem Schreiben an den Reichskanzler Stellung. In dem Brief heißt es u. a.:

Die deutsche Industrie begrüßt das von der Reichsregierung begonnene Reformwerk mit großen Hoffnungen. Dem Leitgedanken der Reichsregierung widersprechen aber Kontingentierungsmaßnahmen, da ihnen außenhandelsmonopolistische Tendenzen innewohnen. Der Landwirtschaft selber kann mit Kontingentierungsmaßnahmen eine wirksame Hilfe deshalb nicht gebracht werden, weil die zu erwartenden Gegenmaßnahmen des Auslandes gegen die deutsche Ausfuhr zu unmittelbaren Schädigungen der deutschen Industrie führen müssen. Die Abnehmerschaft der deutschen Landwirtschaft würde damit in ihrer Kaufkraft erneut geschwächt.

Der Reichslandbund zur Einfuhrkontingentierung.

Der Reichslandbund veröffentlicht eine Erklärung, die sich gegen den Widerstand verschiedener ausfuhrindustrieller Interessenverbände gegen die geplanten Kontingentierungs-Maßnahmen der Reichsregierung richtet. Eine autonome Festsetzung von Einfuhrkontingenten, so betont der Reichslandbund, für die Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, der Gärtnerei und des Weinbaues sei unbedingt erforderlich. Handelspolitische Verhandlungen mit dem Ziel, ein wirkliches Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen Deutschland und seinen Partnern herzustellen, dürfe erst im Rahmen dieser festen Kontingente aufgenommen werden. Weiter fordert der Reichslandbund Zinssenkung und Ausweitung des Vollstreckungsschutzes für die Landwirtschaft.

Sitzung der Landesparteileitung der BVP.

Volle Billigung der Haltung der Parteiführung und der Reichstagsfraktion.

Die Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei war am Freitag unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden Schäffer und in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. Held, des Staatsministers Dr. Goldenberger und des Staatssekretärs Funke zu einer Sitzung versammelt. Wie der parteiamtliche Bericht feststellt, ergab sich in einer eingehenden Aussprache über die jüngsten Vorgänge in der Reichspolitik volle Einmütigkeit in der Billigung der Haltung, die die Parteiführung und die Reichstagsfraktion in den letzten Wochen bis zum Tage der Reichstagsauflösung eingenommen haben, ebenso auch die restlose Uebereinstimmung in der Beurteilung der Lage, die die Partei vor neue Entschließungen und Entschlüsse stellt. Dem von der Parteiführung und der Reichstagsfraktion unterstützten Versuch, den Reichstag arbeitsfähig zu machen, um auf diese Weise ein verfassungsmäßiges Funktionieren der obersten Reichsorgane herbeizuführen, sei volles Verständnis entgegengebracht worden. Für die Bayerische Volkspartei habe es sich hierbei nicht darum gehandelt, für oder wider den Reichskanzler v. Papen Stellung zu nehmen, sondern sie habe dem deutschen Volke einen neuen Wahlkampf ersparen wollen. Weiter heißt es in dem Bericht der Parteikorrespondenz u. a.:

Die Bayerische Volkspartei betrachte eine Politik, deren Weisheit sich auf immer neue Reichstagsauflösungen beschränke, als ein Verhängnis für das deutsche Volk. Sie führe zu einer Auflösung des Rechtsstaates und komme letzten Endes den politischen Bestrebungen zugute, die nicht nach Ordnung, sondern nach dem Chaos verlangten. In der Ausschreibung von Neuwahlen zum Reichstag innerhalb der in der Verfassung vorgesehenen Frist erblicke die Bayerische Volkspartei die selbstverständliche Pflicht einer Reichsregierung, die sich auf die Autorität eines Reichspräsidenten berufe, der die Verfassung beschworen habe Hüter dieser Verfassung sei. So sehr die Bayerische Volkspartei den Wunsch habe, daß die Hoffnungen in Erfüllung gehen möchten, die man in weiten Wirtschaftskreisen auf die wirtschaftliche Notverordnung der Reichsregierung setze, so sehr müsse sie sich gegen den mangelnden sozialen Geist dieser Verordnung wenden, den die Arbeitnehmerschaft nicht nur als gegen ihre materielle Existenz, sondern auch gegen ihr Rechtsempfinden gerichtet betrachten müsse. Im kommenden Wahlkampf und für die Zukunft werde sich die Bayerische Volkspartei, gestützt auf ihre Ideale und Grundsätze in voller Selbständigkeit die Freiheit nach allen Seiten zu wahren wissen.

BVP.-Korrespondenz zur Reichsreform

Zu den Aufsehen erregenden Mitteilungen der „Nürnberger Zeitung" über die Pläne der Reichsregierung, bezüglich der Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern erklärt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, daß die weitgespannten politischen Vermutungen, die an den ersten Besuch des Freiherrn v. Lersner in München geknüpft würden, nichts als eine phantasievolle Reportage darstellten. Es sei eine Selbstverständlichkeit, daß die bayerische Regierung mit dieser Reichsregierung, wie sie auch heißen möge, sich vertrauensvoll und sachlich über die Frage der Reichsreform zu unterhalten bereit sei. Solange aber nicht bekannt sei, wie die tatsächlichen Reichserformpläne der gegenwärtigen Reichsregierung aussehen, könne man dazu auch keine Stellung nehmen. Die Regierung Papen sei über höchst allgemein gehaltene Aeußerungen nicht hinausgekommen. Wenn sich der Föderalismus der Reichsregierung praktisch mit einer sogenannten differenzierten Lösung der Länderkonferenz ergänzen würde, so müsse man der angekündigten Aussprache, die durch den Besuch des Herrn Reichskanzlers v. Papen und bei einem weiteren Besuch des Herrn v. Gayl in München angebahnt werden soll, mit einiger Skepsis entgegensehen.

Whisky-Bestellungen, aber freibleibend

„Evening Standard" zufolge, sind bei den schottischen Whisky-Fabriken amerikanische Anfragen nach großen Whisky-Lieferungen eingegangen. — Uebernahme vorbehalten. Es handelt sich um eine Spekulation amerikanischer Interessenten auf den Ausgang der Präsidentschaftswahlen. Sollten diese einen demokratischen Sieg und damit ein „nasses" Ergebnis bringen, so könnten sofort große Whisky- und andere Spirituslieferungen abgerufen werden.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 17. September 1932.

Atomzertrümmerung.

2. Kor. 6, 9: Als die Sterbenden und siehe, wir leben.

Er sprach:

„Mit Gott und den Menschen ist es wie mit einem Mann im Laboratorium. Er weiß: in diesem Stoff, da leben gewaltige Kräfte, aber sie werden nicht wirksam. Sie sind gefesselt, weil sich in den kleinsten Teilen dieses Stoffes, in seinen Atomen, alles um den eigenen Kern dreht. Gelingt es, die Atome zu zertrümmern, so daß der Kern nicht mehr alles in unheimlicher Macht an sich reißen kann, dann werden die mächtigen Kräfte frei und wirksam. Der Mann weiß, daß man die Atome zertrümmern kann durch besondere Strahlen. Nun läßt er die Strahlen hinschießen auf den Stoff. Aber wie soll er die Atome treffen? Sie sind so klein, ein Millionstel eines Millimeters. Doch unverdrossen sendet er seine Strahlen:

Blick auf das Wirtschaftsbarometer.

Wirtschaftliche Wochenschau.

In der letzten Zeit ist im Zusammenhang mit politischen Auseinandersetzungen wieder lebhaft die Frage erörtert worden, inwieweit die vorgeschlagenen Maßnahmen der Reichsregierung zu einer nachhaltigen Ankurbelung der Wirtschaft, insbesondere zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit, beizutragen vermögen. Es ist u. a. darauf verwiesen worden, daß die Wirtschaftszahlen in Deutschland noch immer keine Besserung aufweisen und daß auch die statistischen Angaben über einen Rückgang der Arbeitslosigkeit keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Lage zulassen, da es sich hauptsächlich um den Wegfall von Unterstützung infolge der vor einiger Zeit eingeführten Bedürftigkeitsprüfung handelt. Dazu kommt, daß auch an den Weltrohstoffmärkten zum Teil spekulative Erwartungen nicht voll erfüllt worden sind, wie insbesondere das Sinken der Baumwollpreise infolge der wesentlich erhöhten Ernteschätzungsziffern zeigt.

In der Tat trifft es zu, daß im Ablauf der Wirtschaft selbst vorerst nur Ansätze zu einer Konsolidierung, wenn nicht gar lediglich zu einer Verlangsamung des Rückganges gesehen werden können, daß also die Besserung der Gesamtlage zunächst weit mehr auf psychologischen als auf zahlenmäßig greifbaren Momenten beruht. Man wird jedoch nicht vergessen dürfen, daß dies ganz regelmäßig bei jeder Änderung von Konjunkturphasen der Fall ist und daß bei der Schwere der gegenwärtigen Krise ein Aufschwung, der sich jetzt entwickeln könnte, offenbar nur im Zuge einer längeren Entwicklung erfolgen kann. Abgesehen davon zeigt aber ein genauer Vergleich der wichtigsten Ziffern, insbesondere über die Bewegung der Arbeitslosigkeit, daß im Vergleich zu früheren Jahren doch wesentliche Unterschiede festzustellen sind.

Auch wenn man die Veränderungen durch die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung berücksichtigt, bleibt festzustellen, daß zumindest nicht wie in den Vorjahren bereits vom Juli ab eine Weitererhöhung der Arbeitslosenzahl stattgefunden hat, daß also auf dem gegenwärtigen Tiefpunkt eine saisonmäßige Weiterverschlechterung bisher nicht erfolgt ist. Gewiß sind dabei noch starke Schwankungen innerhalb der verschiedenen Gewerbegruppen festzustellen. So zeigen Einzelberichte, daß in manchen Industrien die Beschäftigungsmöglichkeiten noch eine Einschränkung erfahren haben, was aber dadurch ausgeglichen wird, daß in anderen stimmungsmäßig stärker beeinflußten Branchen, darunter den Konsumgüterindustrien, leichte Auftriebsmomente zu verzeichnen waren.

Hinzu kommt, daß die Geldmarktlage unverändert günstig bleibt, und daß damit die Ermäßigung des deutschen Reichsbankdiskonts bei einem Abschluß der internationalen Verhandlungen als gesichert gelten kann. Im ganzen ist also wohl festzustellen, daß bei einem Anhalten der internationalen Preisaufwärtsbewegung auch in Deutschland latente Besserungsmöglichkeiten und damit, nach Beendigung des Reparationsdruckes durch die Ratifizierung der Lausanner Abmachungen, Ansatzpunkte für eine innerdeutsche Wirtschaftsaktivität vorhanden sind. Dabei wird man nicht vergessen dürfen, daß alle einzelstaatliche Aktionen, wie sie vor allem die in ihren Grundzügen verschiedenen Maßnahmen der deutschen und amerikanischen Regierung darstellen, nur einen beschränkten Wirkungskreis haben können, und daß ein entscheidender Aufschwung der Weltwirtschaft nur bei Zusammenarbeit aller Länder erwartet werden kann.

Bei aller Reserve, die noch aus diesen Gründen geboten erscheinen kann, wird aber nicht zu leugnen sein, daß sich an den Weltmärkten wie in Deutschland selbst durch die Besserung der konjunkturellen Bewertungsaktion eine gewisse Änderung der Lage ergeben hat, die als Basis der in den letzten Wochen eingetretenen Kurssteigerung an der Börse anzusehen ist.



Patrouillenritt in voller Ausrüstung.
Unteroffiziere der Reichswehr-Kavallerie-Schule Hannover bei einem Patrouillenritt — ein Graben wird in eleganter Linie genommen.

Polizeipräsidenten und Glücksspiele.

Ein Beleidigungsprozeß gegen den Angriff.

Vor der Fünften Großen Strafkammer beim Landgericht I Berlin begann ein Beleidigungsprozeß gegen die Angriff-Redakteure Dr. Lippert und Krause. In mehreren Artikeln des Angriff war dem Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß u. a. vorgeworfen worden, daß er in pflichtwidriger Weise gegen bestimmte Spielklubs nicht vorgegangen sei, weil er an ihnen finanziell interessiert gewesen sei. Dem früheren Polizeipräsidenten Grzesinski wurde vorgeworfen, daß er diese Handlungsweise des Dr. Weiß gebilligt habe. Grzesinski und Dr. Weiß sind in dem Prozeß, der das Gericht acht Tage lang beschäftigen wird, als Nebenkläger zugelassen. Der als Zeuge vernommene

frühere Berliner Polizeipräsident Grzesinski

erklärte bei seiner Vernehmung, daß ihm nichts davon bekannt sei, daß Dr. Weiß an verbotenen Glücksspielen teilgenommen habe. Er selbst habe verschiedentlich in dem Klub „Bühne und Film" verkehrt und sei auch hin und wieder aus dienstlichen Interessen in die Spielzimmer des Klubs gegangen, ohne dort zu spielen. Er habe in dem Klub ein- oder zweimal den damaligen Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß getroffen. Er halte es aber für unwahrscheinlich, daß Dr. Weiß gespielt habe, wenn es sich dabei auch nur um harmlose Klubspiele gehandelt habe. Grzesinski bestreitet die Behauptung des Angriff, daß ihm einmal in „Bühne und Film" gesagt worden sei: „Wissen Sie, was hier gespielt wird? Das sind die Spiele, die sonst Ihre Polizei verbietet!" Dr. Lippert macht Grzesinski darauf aufmerksam, daß diese Worte die Schauspielerin Rosa Valetti mit angehört habe. Grzesinski vermag sich nicht mehr daran zu erinnern. Es kommt dann zu längeren Erörterungen über die verschiedene Auffassung der Angriff-Redakteure und der Nebenkläger über die strafrechtliche Auslegung des verbotenen Klubspiels, wobei die Angriff-Redakteure auf dem Standpunkt stehen, daß Spiele wie Ekarté, Bakkarat, Poker Glücksspiele sind, wenn sie öffentlich oder gewohnheits- und gewerbsmäßig gespielt werden. Der dann als Zeuge vernommene

ehemalige Polizeivizepräsident Dr. Weiß

erklärt, daß er noch Polizeivizepräsident sei. Er wendet sich gegen die Vorwürfe des Angriff und erklärt, daß ihm der schwerste Vorwurf, den man gegen einen Beamten erheben könne, gemacht worden sei, nämlich der der Bestechung. Es sei richtig, daß die Kriminalpolizei einen Unterschied zwischen Spielklubunternehmungen und den anderen Klubs, in denen gelegentlich gespielt werde, gemacht habe. Dieser Standpunkt rechtfertige sich aus polizeilichen, rechtlichen und moralischen Gründen. Dr. Weiß führt als Beispiel den „Union-Klub" an, der sich gegen die Auffassung verwahre, daß man ihn auf die gleiche Stufe mit irgendwelchen Spielklubunternehmungen stelle. Er, Dr. Weiß, sei es gewesen, der der Spielklubseuche ein Ende gemacht habe. Das Spiel als solches werde sich aber niemals austreiben lassen. Gefährlich seien nur die, die in öffentlichen Spielstätten das Publikum zu Glücksspielen verführten.

Das Gericht erörterte dann eine zehntägige Rivierareise des Dr. Weiß, bei der dieser außer der Fahrkarte 200 Mark mit über die Grenze genommen haben will. Dr. Lippert erklärte, daß ihm gesagt worden sei, daß Dr. Weiß in Begleitung eines Industriellen — es war der Generaldirektor der Schuhfabrik Tack und Co. A.-G., Krojanker — an der Riviera und

im Spielkasino in Monte Carlo

gewesen sei. Darauf habe der Angriff eine Notiz darüber gebracht, worauf das Landesfinanzamt in der Angriff-Redaktion angefragt habe, ob sie Näheres darüber wüßte, denn Dr. Weiß habe keine Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle gehabt, mehr als 200 Mark mitzunehmen. Der Angriff habe das Landesfinanzamt an seinen Gewährsmann verwiesen, der dem Finanzamt mitgeteilt habe, er habe den Eindruck gehabt, daß Dr. Weiß als Gast des Großindustriellen in Monte Carlo sich aufgehalten habe. Dr. Weiß hat dann genaue Aufstellungen über seine Ausgaben gemacht, so daß es möglich sein kann, daß er mit 200 Mark zehn Tage an der Riviera ausgekommen ist. Dr. Weiß hat verschiedentlich im Kasino Monte Carlo gespielt.

Rund um den Reichstag

Steuergelder für die Partei!

Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist doch Tatsache, daß die Kommunistische Partei aus Steuergeldern des Reiches monatlich das hübsche Sümmchen von 26 700 Mark erhält. Von Reichs wegen wird also eine Partei subventioniert, die offen den Umsturz der bestehenden Staatsordnung auf ihre Fahnen geschrieben hat. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Die 89 kommunistischen Reichstagsabgeordneten erhalten im Monat insgesamt 89 mal 600 Mark = 53 400 Mark Reichstagsdiäten. Auf Anordnung der kommunistischen Zentrale müssen sie davon je 300 Mark sofort an die kommunistische Parteikasse abführen. Das sind also im Monat 26 700 Mark. Es kann sein, daß andere Parteien es ähnlich machen, wenn sie auch nicht einen so hohen Prozentsatz von den hohen Diäten einstecken. Es muß unter diesen Umständen aber doch gefragt werden, ob die Reichstagsdiäten nicht viel zu hoch sind, wenn solche Beträge ohne weiteres von den Parteien beschlagnahmt werden können. Es darf dabei erinnert werden, daß schon seit Jahren alle Anträge auf Herabsetzung der Diäten abgelehnt worden sind. Während überall die Gehälter und Löhne eine beträchtliche Verringerung erfahren haben, sind die Reichstagsdiäten bei

De Edelhuaf

Roman uttem Suerlanne
van E. Cramer-Crummenerl

24) (Nachdruck verboten.)

„Wicht, sie wellt dorop gohn. Hei möchte uns nöideg hewwen. Sie muet nu dian Kopp bänhollen. Et giet viel te besuargen", lenkere hei op en ander Thema.

Ueanoppe saht de Vader am Berre. Hei har dian Kopp in beiden Hännen un de Tränen leipen iahme langes de Hänne.

Hannes lagte do, ase wenn hei daut ewiasen wär. Blous de Ougen, do was Liawen inne.

Wilfried küere met iahme. Hei bogte siek üewer ne.

„Hannes, olle Junge, bat hiaste mahket? Du vollföihers de schwöddesten Stücke, wenn me diek alläine lött", sagte Wilfried. Hei lachere dian Brouer dobie ahn, dobie können iahme de Tränen uan im Halse.

Hannes verstond so at et schien, kein Woahrt.

„Hiaste Piene?" freig Wilfried.

Hannes richere de Ougen op iahne. Dout un lieg käik hei iahne ahn. Emma hülere hartopp. Et sog te schreckleck ut. Dei drei Menschen sind in dian nächsten Dagen nit ter Ruhe kuemmen. Van wiet un Siet kämen de Lüh ümme dian Edelhuawern iahre Anteilnahme te bewiesen. Drei Wiaken hiat Hanneken in diam schöinen met Liawensböimen, Truereschen un Rousen bewassenen Garen in diar Jarwbegräfte alläine lian, do wouer sien Jüngeste, de Hannes tieger iat in de Aehre berret.

Drei Wiaken lang har siek dei Körper met dian Wunden un inneren Verletzungen tieger dat Leßte wiahrt. In düem trueregen Falle, was de Dout noch ne Erlösunge, will at dat Häieren souviel metekrien har, un hei sienen Verstand nü wierkrien här.

Emma es nit utten Kläiern ekuemmen in düer Tied. Jat versuargere et Hus un dian Kranken.

Guste wouer dat Gefäuhl nit luas, ätwas met schuld te hewwen un iat nahm diar jungen Frau viel Arbet af. Emma küere ock nu üarndleck met iahme un dat där diam ollen Wichte richtig guet.

Hannes stond üewern Sunndag buan Aehren un dei olle Abergloube, dat do geschwinde enner ächter wär, kam in düem Falle wier tau sienem Rächte. Aeinege Dage drop wouer Emma nom Biarge raupen. Sien Vader lagte am Stiarwen, un wenn Emma bid nu noch nit wußte, dat iat sienen Vader leif har, in diam Ougenblicke bo hei de Ougen tau där un dian ahrmen hienfällegen Körper streckere, do kräig iat ne Nout in siek, ne körperlecke Piene.

Jat har an drei Douesberren estohn un maneges was van iahme afefallen, bat iat künstleck in siek grout etrokken har. Jat woll anders, biater wären. Faste nahm iat et siek düar. Un ächter allem Düarbeniahmen stond dei Gedanke: Wilfried. —

8. Kapitel.

Op diam Biarge gong wier alles sienen richtegen Gang. Met diam niggen Verwolter har Marianne et mähr ase guet edruapen.

Fritz Eberlei brachte nit blous düchtege Kenntnisse met, ock Arbetsfreudegkeit un Arbetswillen har hei.

Nu äies mahkeren siek bie Marianne dei leßten opriewenden Dage bemiarkbar. Jat mochte siek wallens midden am Dage dohienlien, will at iat sonne üewergroute Meuhegkeit in siek har. Trotzdiam at sou viel Bitteres ächter iahme lagte, har iat duach en innerleck Glücksgefeuhl un dat Gefeuhl holp iahme üewer all dei schworen Joahre, dä iat metemahket har, futtekuemmen. In leßter Stunne, bo de Seele siek soutesien vam ahrmen tebruakenen Körper luaslöisere, har dei Stiarwende so viel Leiwes un Guerres tieger iat esagt. Wöhre, da iat im Liawen nit vergiaten wöier.

„Du leiwe, leiwe Frau, iek woll die en Paradies op Aehren mahken un bat hiaste bie mie ehatt? O Wicht, wenn iek ock tau süß nit mähr nütze sin in düer Welt. Jek kann owwer für diek biaren, da die unse Hiarguat alles wier guet mahket."

Dann har iahme dei Gedanke an Emma viel Unruhe mahket.

„Jat verflauket miek sieker, wenn iat höart, dat iat nix iarwen kann. Becker wäit bat iat siek düarstallt har."

„Sie unbesuarget", hat iat sienen Mann etröistet. „Vertrugge mie män. Dien Dochter sall keine Quersahke hewwen met die untefrian te sien."

Hei gloffte iahme alles, bat iat sagte, un iat wöier Wohrt hollen. Emma soll nit te kuat kuemmen.

Et was oppen Sunndagnommiddag.

Marianne har siek ne schöinen Blaumenstrühk tehoupebungen un gong nom Kiarkhuawe. Do was iat bid nu noch jeden Sunndagnommiddag hienegohn. Adolf Wasenius lagte do tieger siener äiesten Frau un dei Blaumen, dä iat dorop droug, verdäilere iat op dei beiden Griawer. Ne witt ahngestriekene Bank stond op diar Begriafte, un Marianne satte siek gärne en half Stünneken dohien. Det Ruhe in diam Guadesgaren där iahme so guet. Jatkonn do an de Vergangenheit denken un ganz langsam, ohne dat iat et woll, kam iat ut diar äinsamen Giegenwart in ne helle Taukunft.

Twäi Männer kamen an diar Stie verbie. Dei olle un dei junge Edeling.

„Süh do, Frau Marianne", sagte Friedrich Willem Edeling.

„Kuemmet, got en Bietken do sitten. Wenn me op diam Kiarkhuawe rümme gäiht, dann wätt me so meuhe", sagte iat fröndleck.

„Ne Bank mue sie op unser Stie ouk noch hewwen. Me kann hie gerade so guet sitten, ase süß irgendbo"

„Jo Vader, sie wellt suargen, dat sie ne Bank dohienkritt. Wenn me keinen do lien hiat, dann denket me an soutwatt nit, un nu es me met dian Gedanken immer hie uan", sagte Wilfried.

Se sähten ne ganze Wiele biäin un et was guet, dat de Vader tüscher iahne saht. Se härn womüegleck Tied un Stunne un ock de Stie vergiaten, bo se wären. Se härn siek sou schreckleck viel te frogen un te vertellen ehatt, un nu har Friedrich Willem in diar Hauptsahke et Woahrt. Hei konn un konn nit drüewer kuemmen. Sien Hanneken fählere iahme bo hei gong un stond. Siene Verbitterunge mahkere siek Luft, un hei dachte in düem Ougenblicke nit dran, dat Emmas Vader hie schleip. Nit viel Guerres sagte hei üewer sienes Suehnes Frau, un Marianne wouer ganz truereg.

Wilfried sagte schließleck: „Vader, nu küer watt anderes. Bat gescheihen es, komm sie nit ändern un dann denk dran, hie düar uns liet Emmas Vader. Dei möchte siek jo rümmedrägen im Grawe, wenn hei diek höaren könn."

Da schwäig dei Olle stille un Marianne sträihk iahme leifleck üewer dei biewegen Hänne, dä hei gar nit stille hollen konn, van Opregung.

Nohiar göngen se noch an dei beiden Griawer. Dei welken Kränze harn se futeschaffet. Dat sog do frie watt lieg un dout ut.

„Se wätt nu oppemahket dei Griawer", sagte Wilfried, „un ne Stäin heffe ouk bestallt."

„Kein änzeg Bläumeken liet droppe", dachte Marianne.

(Fortsetzung folgt.)

Devisenschiebungen, die in die Millionen gehen.

Sechs Personen verhaftet.

Die Zollfahndungsstelle Berlin ist neuen umfangreichen Devisenschiebungen auf die Spur gekommen. Die Ermittlungen führten zur Festnahme von sechs Personen, gegen die bereits vom Vernehmungsrichter Haftbefehl erlassen worden ist. Die Beteiligten arbeiteten mit falschen Pässen und benutzten u. a. auch Papiere, die einer in Hannover wohnenden Persönlichkeit gestohlen worden waren. Über den Umfang der Schiebungen läßt sich im Augenblick noch nichts Genaues sagen. Der Wert der verschobenen Effekten beträgt 3 bis 5 Millionen Mark.

Unter den Verhafteten befinden sich auch der Führer des Schieberkonsortiums, ein ehemaliger Gerichtsassessor, Dr. Böhmer und seine Frau. Unter den anderen vier Verhafteten befinden sich auch noch zwei Frauen. Böhmer besaß einen Paß, der auf den Namen eines Schriftstellers Munnecke ausgestellt war. Dieser Schriftsteller konnte nachweisen, daß ihm sein Paß abhanden gekommen war. Dr. Böhmer erschien mit dem Ausweis wiederholt bei Berliner Bankhäusern und bot, angeblich im Auftrag adliger Verwandter, Effekten zum Kauf an. Nach und nach hat er dann das erlöste Geld mit Hilfe seiner Komplicen ins Ausland verschoben.

Zwei Bankiers zu Gefängnis verurteilt

Nach zweitägiger Verhandlung wurde in einem Prozeß in Osnabrück gegen den Bankier Gersie-Osnabrück und seinen Prokuristen Leimbach das Urteil gefällt. Das Bankhaus Gersie, das auch ein Unternehmen in Neuyork unterhielt, besorgte vor allem die Erledigung amerikanischer Erbschaften. Dabei sind unlautere Machenschaften vorgekommen, von denen nur einzelne voll geklärt werden konnten. Im Regelfalle erhielten die Erben kaum die Hälfte der an sie gefallenen Erbschaften ausbezahlt. Ein Drittel bis die Hälfte der Erbschaften behielt das Bankhaus entweder als Honoraranspruch oder durch gewisse Täuschungsmanöver für sich. Das Gericht erkannte gegen Gersie auf sechs Monate und gegen Leimbach auf vier Monate Gefängnis.

Ein gefährliches Nachtquartier.

Der Flammentod in der Scheune.

In der Scheune des Gutsbesitzers Gnatowski in Bomkau bei Osterode übernachteten acht Bauhandwerker, die an einem Neubau auf dem Gute beschäftigt waren. In der Nacht brach in der Scheune Feuer aus, das sich im Umsehen über das ganze korngefüllte Gebäude ausdehnte. Während es sieben der Bauhandwerker gelang, sich durch Flammen und Qualm einen Weg ins Freie zu bahnen, kam der achte, der Zimmermann Adolf Kominski, in den Flammen um. Das Feuer griff auch auf das Gutshaus und einen Stall über und legte auch diese beiden Gebäude in Asche. Von den geretteten sieben Handwerkern haben sechs Brandwunden erlitten, drei von ihnen besonders schwer.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 16. September.

Zum Tode verurteilt.

Beuthen. Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Beuthener Sondergericht den Oberlandjäger Springer aus Jaschkowitz, Kreis Kreuzburg OS., wegen Mordes an seiner ehemaligen Geliebten, der Gutsarbeiterin Mainka, zum Tode und wegen Urkundenfälschung zu zwei Jahren Zuchthaus. Springer hatte di Mainka im April d. J. mit Strychninbonbons vergiftet. Der Angeklagte nahm das Urteil gefaßt auf.

Sechzig Verhaftungen in Leningrad.

Moskau. Die GPU. hat in Leningrad sechzig Beamte verhaftet, die Spekulationen mit Lebensmitteln getrieben haben.

Nur noch litauische Filme im Memelgebiet.

Kowno. Die jetzt auch für das Memelgebiet zuständige Kownoer Filmzensur hat eine Verordnung erlassen, wonach die in Memel zur Aufführung kommenden deutschen Tonfilme litauische Aufschriften erhalten müssen. Bei stummen Filmen müssen die Aufschriften an erster Stelle in litauischer und dann erst in deutscher Sprache angebracht sein. Diese Verordnung bringt eine ganz neue Umgestaltung in das memelländische Kinowesen. Den memelländischen Kinobesitzern wird es vollkommen unmöglich gemacht, Filme aus Deutschland zu beziehen. Sie werden gezwungen sein, litauische Filme aufzuführen.

Nach Unterschlagung von 21 000 Mark ins Ausland geflüchtet.

Mühlhausen (Thüringen). Der Kaufmann Frank Rerrodt aus Mühlhausen hat nach Unterschlagung von 21 000 Mark in Begleitung seiner Frau auf dem Motorrad das Weite gesucht. Da er sich einen Auslandspaß verschafft und sich ferner seit längerer Zeit der französischen Sprache gewidmet hat, nimmt man an, daß er in Richtung Frankreich die Grenze überschritten hat. Die unterschlagenen Gelder stammen mit rund 5000 Mark aus der Kasse des Wintersportvereins Mühlhausen und mit 16 000 Mark aus den Beständen der Kohlenhandelsgesellschaft.

15 Jahre Zuchthaus im Paderborner Mordprozeß.

Paderborn. Im Paderborner Mädchenmordprozeß wurde der Angeklagte, Viehhändler Kurt Meyer, wegen Totschlags an der Hausangestellten Marta Caspar zu 15 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren verurteilt. Der Staatsanwalt hatte auf Mord plädiert und die Todesstrafe beantragt. Meyer hatte, wie gemeldet, die Leiche der Caspar völlig zerstückelt und verstreut.

Familien-Nachrichten.

Geburten:

1 Sohn, Friedr. Wilh. Frede und Frau Luise Grete Roß in Halver. — 1 Sohn, Walter Franz Naber und Frau Elisabeth Katharina geb. Geisel, Hülscheid. — 1 Tochter, Hermann Nüsken und Frau Anna geb. Bunselmeier Altenhülscheid.

Verlobte:

Hanna Becker, Hagen und Pfarrer Heinrich Ködding, Zurstraße.

Vermählte:

Karl Friedr. Selter, Lüdenscheid und Luise Giersieper, Ehringhausen. — Eugen Schmirnbach und Elisabeth Struwe, Breckerfeld. — Fritz Langemann und Emmy Lüsebrink, Meinerzhagen.

Gestorben:

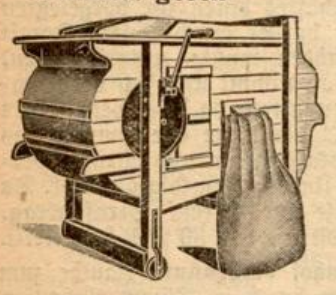
Frau Georg Liesen, Käte geb. von der Heydt, Heesfeld, 47 Jahre alt. — Fritz Isenburg sen., Hinterste Berg b. Kierspe, 79 Jahre alt. — Fritz Werhahn, Ahelle 39 J. alt. Carl Boß, Halver, 34 Jahre alt.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Jetzt muß man anfangen

den Kindern meinen
ff. Medizinal-Lebertran
u. Lebertran - Emulsion
zu geben.
Die Preise waren noch nie so billig.
Drogerie C. Baukloh, Kierspe-Bahnhof.

Marktfertig gereinigtes Korn direkt in den Sack bei einmaligem Durchgang liefert Ihnen unsere neue patentamtl. gesch.

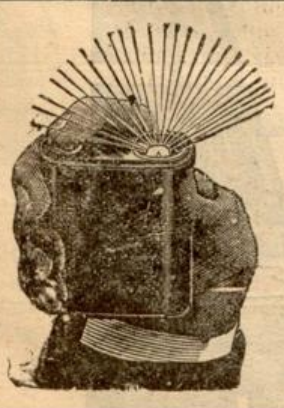


Getreidereinigungsmaschine
„Kornblume"
W. Schouren, Bracht-N.rhein 164 b.
Prospekte und Preise frei.
Tüchtige Vertreter gesucht.
Landw. Ausstellung in Halver ausgestellt bei
Walter Haase, Kierspe.

Achtung!
Kein Umarbeiten, Umpressen alter, abgetragener Hüte zu hohen Preisen.
Biete an!!
Neue Hüte
moderne Formen, neuste Farben zu RM. 2.80, 3,25, 3.50, 3.80 usw
Fr. Hattwinkel, Hut-Lager Halver i. W.

Ingenieurschule Lage Bauschule
Elektrotechnik, Maschinenb. Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch. Radiotechnik
Staatl. anerkannt v. Lippe
Architektur, Tiefbau, Eisenbeton- Stahlbau, Toningustrie
Lehrpläne anfordern

Taschenlampen



-Batterien
neu eingetroffen.
Wilh. Bell jr. : Halver.



Wollen Sie beim Tapeten-Einkauf Geld sparen! ....

Tapeten, nach Entwürfen bekannter Künstler, auf gutem Papier gedruckt führt in größter Auswahl bei ganz billigen Preisen das
Tapetenhaus „Hansa" (Max Müller.)
Besichtigen Sie bitte ohne Kaufzwang mein großes Lager!
Ein Besuch lohnt sich bestimmt!
TAPETENHAUS „HANSA"
Max Müller, Lüdenscheid, Knapperstr. 19/21 am Karlsplatz.
Haltestelle der Omnibuslinien ‚Mark-Sauerland' u. ‚Wupper-Sieg'

Reichhaltiges Lager in feinstem
Qualitätsporzellan
Marke: Rosenthal, Fürstenberg, Hutschenreuther u. s. w.
Kaffee- und Tafel-Service
in allen Zusammenstellungen.
Sammeltassen, Bonbonieren, Vasen, Blumenschalen, Keksdosen u. s. w.
Wilh. Bell jr., Halver.

In das Handelsregister A ist heute bei der Firma **Wilh. Heedfeld & Co., Oberklagebach bei Schalksmühle** unter Nr. 702 folgendes eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Paul Kalle in Hülscheid ist alleiniger Inhaber der Firma.
Lüdenscheid, den 6. September 1932.
Das Amtsgericht.

Produktenbörse.

Köln, 16. September.

Es bedeutet Rg.-Roggen, F.-Futter, W.-Winter S.-Sommer.

Weizen, rhein 74 Kg.	21,50	Weizenkl.	8.75—10.50
Weizen, ausl.	—	Roggenkl.	7,50— 8,00
Roggen, rhein. 66—67 Kg.		Biertreber	10,75—11,25
Rg., rh. neu.E.	17,25	Leink. 38 Pr.	12,00—12,25
Roggen, ausl.	—	Erdnußkm. 50 Prz.	12,00 - 12,25
Hafer, hiesiger	14.25—14,50	„ 54 „	13,00—13,25
Hafer, nordd.	—	Sojaschr. 46 Prz.	11,75—12.25
Hafer, ausl.	—	Rapsk. 38 Prz.	8,75
F.-Gerste, ausl.	—	Palmkernk. lof.	9,75 —10,00
W.-Gerste, inl.	16.75	Trockenschn. l.	—
S.-Gerste, inl.	—	Zuckerschn. lof.	10,00—10,50
Mais grober	17,00	Rohmelasse	8,00— 8,75
Mais kleiner	17,75	Wiesenheu, inl.	
Weizenmehl, 70 Prz., inl.	31,00	lose neu gepreßt	4.20—4.80
Rhein. Weizenbäckermehl m. Auslandswz.	32 00	Kleeheu inl. lose neu gepreßt	5,60—6,00
Roggenmehl 70 Prz.	25,00	auslandischer Roggenstr. gepr. neu	—
70 Prz. m. ausländ. Roggen	26.50	Weizenstr. gepr. neu	1,30—1,50
Roggenschrot, inländisches	21,75	Haferstroh gepreßt	1,30—1,40
ausländisch.	22.00		1,20—1,30

(brutto mit Sack; brhei n.St.)

Stimmungsbericht: Die heutige Börse zeigte für Getreide wenig Veränderung. Nur Wintergerste in guter Qualität war gesucht und etwas höher bezahlt. Futtermittel bei kleinem Geschäft gut behauptet.

Kölner Butternotierungen vom 16. September.

Butter (inländische) Erzeugerpreis für 100 Kilogramm ab Verladestation ohne Verpackung 1. Qualität 240, 2. Qualität 230, 3. Qualität 220. Tendenz: Stetig.

Kölner Kartoffelnotierungen vom 16. September.

Rheinische runde gelbe Kartoffeln 1. Qualität (Industrie) 2,30, rheinische lange gelbe (Nieren) Kartoffeln 3,10, norddeutsche lange gelbe (Nieren) Kartoffeln 2,90, rheinhessische und pfälzische Kartoffeln Böhms 2,25.

Sitzung
der
Gemeindevertretung Halver
am Freitag, dem 23. Sept. 32., 3,30 Uhr im Sitzungssaale d. Amtshauses.
Halver, den 15. Sept. 32
Der Gemeinde-Vorsteher.

Suche für sofort oder später in Halver eine
6-Zimmer-Wohnung
evtl. geteilt. 4-Zimmer-Wohnung kann in Tausch gegeb. werden.
Angebote unter R 650 an die Geschäftsst. des Allgem. Anz. Halver.

Ein im Kochen und ganz. Haushalt erfahr. anständiges Mädchen
sucht zum 1. Okt. oder später
Stellung als Stütze
auch im frauenl. Haush.
Gute Zeugn. vorhand.
Angebote unter B 40 an die Geschäftsstelle des Allgem. Anz. Halver.

Darlehn
aller Art für jed. Zweck. Kostenloser Vertreterbesuch. Geschäftsstelle H. Hegemann, Heedfeld b. Lüdenscheid.

Wir bitten
unsere Leser, bei allen Anfragen, Käufen usw. stets auf diese Zeitung Bezug nehmen zu wollen.

Sicherer Verdienst durch die neuzeitlich ausgestattete


Heissmangel
Fabrik: Wilh. Cordes
Lette Bez. Minden

Hühneraugen
beseitigt schmerzlos und sicher
Lebewohl
die Pflasterbinde
Filzring
nettoplastverband
Pflasterkarte
Blechd. (8 Pflaster) 68 Pfg.
In Apotheken u. Drogerien

Sicher zu haben:
in Halver: Medizinal Drogerie C. Menke, in Schalksmühle Adler Drogerie A. Cordt, : Kierspe-Bhf.: Drog. C. Baukloh